Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle. — Redaktion: Halle, Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher Nr. [illegible]. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 1gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 40. — **Halle, Montag, den 17. Februar 1919.** — **3. Jahrgang.**

Unterzeichnung des neuen Waffenstillstandsabkommens.

Die Reichsregierung hat an den Reichsminister Erzberger, Waffenstillstandskommission Trier, folgende Mitteilung gelangen lassen:

Bitte Abkommen unterzeichnen, aber vorher Marschall Foch folgende schriftliche Erklärung übergeben:

Die deutsche Regierung ist sich der Schwere der Folgen bewußt, die sowohl die Annahme wie die Ablehnung des Abkommens nach sich ziehen müßten. Wenn sie ihre Delegierten angewiesen hat, zu unterzeichnen, so geschah dies in der Ueberzeugung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen jetzt endlich ernstlich bestrebt sind, innerhalb der kurzen Frist, für die sie den Waffenstillstand verlängert hat, der Welt den ersehnten Frieden wiederzugeben. Die deutsche Regierung ist aber genötigt, ihren Standpunkt zu den drei Bedingungen des Abkommens durch folgende Bemerkungen klarzustellen:

1. Das Abkommen ignoriert die aus dem Volkswillen in geordneten Formen hervorgegangene deutsche Regierung. Es legt den Deutschen in Form schroffer Befehle und Verbote zu Gunsten der aufständischen Polen die Pflicht auf, eine Anzahl wichtiger Plätze, darunter Birnbaum und Bentschen, ohne weiteres zu räumen. Diese Plätze sind in deutscher Hand, überwiegend deutsch besiedelt und von wesentlicher Bedeutung für den Verkehr mit dem deutschen Osten. Dabei leisten die alliierten und assoziierten Mächte nicht einmal Gewähr dafür, daß die Polen es ihrerseits unterlassen, neue Angriffe zu unternehmen oder vorzubereiten, daß sie die deutsche Bevölkerung, auf deren Schutz wir verzichten sollen, menschenwürdig behandeln, daß sie die deutschen Geiseln freigeben, deren Festhaltung jetzt jeden Sinn verliert, und daß sie den bisherigen Lebensmittelverkehr nach dem Westen hin aufrechterhalten. Wenn wir auch bereit sind, jede militärische Kampfhandlung in Posen und anderen Gebieten einzustellen und die gegenwärtige militärische Lage dort als Basis anzuerkennen, so müssen wir doch erwarten, daß auch die aufständischen Polen die Demokrationslinie einhalten, andersfalls müssen wir befugt sein, uns mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen.
2. Deutschland darf darauf hinweisen, daß es sich bis zur völligen Erschöpfung seiner wirtschaftlichen Kräfte und bis zur Zerrüttung seiner Verkehrsverhältnisse bemüht hat, den Waffenstillstandsbedingungen nachzukommen. Es will auch jetzt versprechen, die Punkte zu erfüllen, in denen ihm die Durchführung bisher nicht gelungen ist. Dabei darf es aber annehmen, daß seine Verpflichtung nicht in einer Weise ausgelegt werde, die mit den beiderseits anerkannten Grundsätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika unvereinbar ist und den Gedanken des Rechtsfriedens im Voraus zunichte macht. Ob wir die in Aussicht gestellten Weisungen der alliierten Obersten Heeresleitung im vollen Umfange zu befolgen in der Lage sind, müssen wir abwarten.
3. Wenn Deutschland jetzt anstelle bestimmter Fristen für den Waffenstillstand, die es gestatten, sich auf die Erfüllung der Bedingungen einzurichten, nur eine kurze unbestimmte Frist mit einseitiger dreitägiger Kündigung gewährt wird, die geeignet ist, die Ruhe und Ordnung in Deutschland in hohem Maße zu gefährden, so bedeutet das eine ungerechtfertigte Erschwerung unserer Lage. Wir vermögen die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die alliierten und assoziierten Regierungen es für tunlich halten, unter Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum Präliminarfrieden in Verhandlungen über die deutschen Gegenvorstellungen einzutreten.

Scheidemann.

Der Wortlaut der neuen feindlichen Waffenstillstandsbedingungen.

Trier, 14. Februar. Marschall Foch hat dem Reichsminister Erzberger heute nachmittag 3 Uhr folgende Vorschläge zum Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes übergeben:

1. Die Deutschen müssen unverzüglich

alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet

aufgeben.

Zu diesem Zweck wird ihnen untersagt, folgende Linien durch ihre Truppen überschreiten zu lassen: Gegen Süden die Linien ehemalige Grenze Ost- und Westpreußen gegen Rußland zu bis zur Weichsel, dann westlich der Weichsel eine Linie, die über Podgorcz, südlich Thorn, Brzoze, Schubin, Exin, Linin, Samotschin, Chodziesen (Kolmar), Czarnikau, Miala, Birnbaum läuft. Gegen Osten die Linie Bentschen, Wollstein, Primont, Lissa, Bojanowo, Rawitsch, Trachenberg, Wernsdorf, Großbriese, Droschkau. Von Droschkau an eine Linie, die über Moldau, Dombrowka, Kupp läuft und beim Zusammenfluß der Malapane erreicht, und von diesem Zusammenfluß die grüne Linie auf beigefügter Karte. Auf Grund der Besprechung, die im Auftrage Erzbergers und Fochs zwischen Generalmajor von Hammerstein und dem Generalstabschef Weygand stattfand, erhielt Artikel 1 folgende endgültige Fassung:

„Die Demarkationslinie verläuft folgendermaßen: nach der Lagekarte der Obersten Heeresleitung vom 6. Februar von der russischen Grenze bei Lousenfelde nach einer Linie, die über westlich Lousenfelde, westlich Groß-Neudorf, südlich Brzoza, nördlich Schubin, nördlich Exin südlich Samotschin, südlich Chodziesen (Kolmar), nördlich Czarnikau westlich Miala, westlich Birnbaum, westlich Bentschen, westlich Wollstein, nördlich Lissa, nördlich Rawitsch, südlich Krotoschin, westlich Adelnau, westlich Schildberg, nördlich Bierutzow (Eichenbrom) bis zur schlesisch-russischen Grenze führt."

Also bleibt Ost (wahrscheinlich mit Ost- und Westpreußen zu interpretieren) und Oberschlesien wie heute in unserer Hand. Die Regierung in dem so umschriebenen Gebiet wird in den Waffenstillstandsbedingungen nicht verändert. Diese Frage bleibt offen, da tatsächlich festgesetzt ist, daß es sich hier nur um eine provisorische Abmachung handelt, welche dem Friedensvertrage in keiner Weise vorgreift. Der Schutz der Deutschen in diesem Gebiet wird von einer interalliierten Kommission in Warschau garantiert, welche wahrscheinlich Vertreter nach Spa entsenden dürfte.

2. Der durch das Abkommen vom 13. 12. und 15. 1. bis zum 17. 2. 1919 verlängerte Waffenstillstand vom 17. 2. wird neuerdings

für eine kurzunbefristete Zeitdauer verlängert, wobei die Alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen.

3. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. 11. und der Zusatzabkommen vom 13. 12. und 16. 1., soweit dieselben bereits noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten festgesetzten Einzelbestimmungen zum Abschluß geführt werden.

*

Um unsere Handelsflotte.

Reichsminister Erzberger hat an Foch ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Herr Marschall! Bei der gestrigen Besprechung ist eine vollkommene Uebereinstimmung über die Ausführungsbestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom 16. Januar nicht herbeigeführt worden und zwar infolge der Stellungnahme des englischen Admiral Browning. Ich sehe es daher als meine Pflicht an, den deutschen Standpunkt in dieser Frage in aller Klarheit und Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen. — Art. 8 bestimmt: „Um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und des übrigen Europas sicherzustellen, wird die deutsche Handelsflotte für die Dauer des Waffenstillstandes unter näher zu vereinbarenden Voraussetzungen den Alliierten zur Verfügung gestellt." Die Lebensmittelversorgung Deutschlands kann nur dann als sichergestellt angesehen werden, wenn endgültige Abmachungen zwischen den Alliierten und Deutschland getroffen sind über die Menge und Preise der Deutschland zu liefernden Lebensmittel, sowie über die Bezahlung derselben.

Es ist dringend geboten, daß die Alliierten alsbald, möglichst Anfang nächster Woche, mit genügenden Vollmachten versehene Delegierte nach Spa entsenden, um die Abkommen über die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln und die Bezahlung derselben endgültig abzuschließen. Die bisherigen Verhandlungen haben bewiesen, daß diese Abkommen an demselben Ort, zur selben Zeit getroffen werden müssen. Erst wenn diese beiden Fragen so geregelt sind, daß die Lebensmittelversorgung sichergestellt ist, kann die deutsche Regierung sich einverstanden damit erklären, daß die deutsche Handelsflotte zur Ausführung dieses Zweckes zur Verfügung gestellt wird. Die deutsche Regierung sieht also das Lebensmittelfinanz- und Tonnageabkommen als ein einheitliches, unzertrennliches Ganzes an.

Die Bemannung der Schiffe muß durch deutsche Matrosen erfolgen. Es ist sonst ganz unmöglich die Schiffe überhaupt fahrtbereit zu bringen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, alle die von den Alliierten geforderten Bedingungen zur Verhinderung der Verbreitung bolschewistischer Agitation durch deutsche Seeleute nach näherer Vereinbarung mit den Alliierten zu übernehmen und durchzuführen.

Der Völkerbundentwurf fertig.

Paris, 14. Februar. (Havas.) Die zweite Lesung des Völkerbundentwurfs begann am Donnerstag vormittag. Die 86 Artikel wurden nach einer eingehenden Erörterung, die keinen Punkt unklar ließ, angenommen. Der Entwurf wird veröffentlicht werden, sobald er von Wilson der Konferenz vorgelegt sein wird, die am Freitag um 3 Uhr zu einer Vollsitzung zusammentreten wird. In dieser Vollsitzung wird Wilson den Zweck des Völkerbundes auseinandersetzen.

Revolution in Rumänien.

Genf, 13. Februar. Nach hierher gelangten Blättermeldungen nimmt die revolutionäre Bewegung in Rumänien immer größeren Umfang an. Zahlreiche Familien sind bereits auf der Flucht begriffen. Nach weiteren Meldungen soll auch die rumänische Königsfamilie geflohen sein.

Verlegenheit der Sieger.

Der Waffenstillstand Europas wird von **Monat** zu Monat unter steigendem Druck der Bedingungen für Deutschland verlängert, und vom Frieden ist noch keine Spur. Manche Leute neigen dazu, das Verhalten der Entente aus einer satanischen Lust zu erklären, Deutschland jede Schmach und jeden Schaden zuzufügen, aber diese Erklärung ist sicherlich falsch. Die Staatsmänner der Entente haben ganz andere Sorgen, als daß sie zu ihrem Privatvergnügen eine Bosheitspolitik gegen Deutschland treiben könnten.

Den Frieden haben wir einfach darum noch nicht, weil die Ententemächte unter sich noch gar nicht darüber einig sind, wie er gemacht werden soll, und die Waffenstillstandsbedingungen werden verschärft, weil sich der französische Militarismus vor einem militärisch wieder erstarkten Deutschland fürchtet, von dem freilich leider in der Wirklichkeit keine Spur zu bemerken ist. Rein theoretisch genommen ist es allerdings richtig, daß die Verzögerung des Friedensschlusses dem Geschlagenen mehr Chancen bietet als dem Sieger. Denn diesem ist die Stunde nach seinem Sieg die günstigste des Friedensschlusses. Denn der Gegner ist noch von seiner Niederlage so betäubt, von der Ueberlegenheit des Gegners, die er soeben gefühlt hat, noch so fest überzeugt, daß es dem Sieger nicht schwer fällt, ihm den Frieden zu diktieren.

Je länger die Pause zwischen der Einstellung der Feindseligkeiten und dem Beginn der Friedensverhandlungen dauert, destomehr Gelegenheit gewinnt der Unterlegene, sich wieder zu sammeln, wobei unter Sammlung beileibe nicht blos militärische Sammlung verstanden zu werden braucht. Man beginnt zu überlegen, welche diplomatischen Möglichkeiten sich noch bieten, und was der Gegner riskiert, wenn er zur Erzwingung unbilliger Forderungen den Krieg wieder aufnimmt. Dieser natürliche Prozeß der Selbstbesinnung hat sich auch in Deutschland vollzogen, und sein Nutzen für die Zukunft wäre nicht gering anzuschlagen, wenn er sich unbeeinflußt vor inneren Sorgen entfalten könnte. Das entgeht nun wieder den Gegnern nicht, die sich bemühen, das moralische Kräfteverhältnis, wie es im Augenblick ihres Sieges bestand, wieder zu ihren Gunsten auszugleichen.

Dem Bestreben, Deutschland dauernd zu ducken, um es für die Pariser Konferenz auf einen Frieden der Niederlage zu präparieren, tritt jedoch eine entgegengesetzte Tendenz entgegen, die aus der Sorge entspringt, Deutschland könnte in dem Abgrund der Anarchie versinken und in seinem Sturze die Siegerstaaten automatisch mitreißen.

Daher die tollen Widersprüche der Ententepolitik, die einmal dem hungernden Deutschland Lebensmittel verspricht, dann aber um keinen Preis die Blockade aufheben will und die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen fordert, die Deutschland braucht, um sich selbst das Minimum seines Lebensunterhaltes zu schaffen. Daher einmal das herrische Verlangen, Deutschland müsse im Innern und besonders im Osten, dort sogar teilweise über seine Grenzen hinaus, strenge Ordnung halten, dann aber wieder das herrische Verbot, ordnungstörenden Elementen, wie den Polen, etwas zuleide zu tun, und die Forderung durch Auslieferung der Waffen, die Deutschland zu der ihm von der Entente zugewiesenen Mission braucht. Es ist richtig, daß die Entente unter den gegebenen traurigen Verhältnissen beinahe eine Befehlsgewalt über Deutschland ausübt, aber auch der Befehlshaber hat seine Autorität zu verlieren, und er verliert sie ganz gewiß, wenn er merken läßt, daß er selber nicht recht weiß, was er will.

So aber stehen die Dinge. Nach vierjähriger Waffengemeinschaft sind sich die Verbündeten über ihre Kriegsziele noch nicht einig, und ehe sie zur Friedenskonferenz mit Deutschland gehen können, brauchen sie eine Friedenskonferenz unter sich selber, die sich endlos hinzieht und niemals fertig zu werden scheint. Je länger aber die Hinauszögerung des ersehnten endgültigen Friedens dauert, desto schwerer wird es auch der Entente, ihre Mannschaften unter Waffen zu halten und der steigenden Unzufriedenheit der Bevölkerung zu begegnen. Was sich dann bei den immer wieder notwendig werdenden Waffenstillstandsverlängerungen als Brutalität äußert, ist im Grunde genommen doch nichts

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190217-19/fragment/page=0001

anderes als der äußere Ausdruck einer sich immer steigernden Verlegenheit. Je länger dieses grausame Spiel dauert, desto weniger können uns die Sieger imponieren.

Pflicht zur Arbeit!

Aus den langen Erwägungen über die **Arbeitslosenfürsorge** ist nun der erste praktische **gesetzgeberische Akt** in Form einer Verordnung geflossen. Die Frage der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose ist eins der schwierigsten Kapitel unserer katastrophalen Arbeitsnot. Es ist sehr viel herumgeraten worden, und nach viel Erwägungen und großer Ungewißheit ist es jetzt endlich gelungen, einen klaren Weg einzuschlagen, der **den Arbeitslosen ihr Recht** werden läßt und der zugleich dem Anspruche der Gesellschaft auf größtmögliche **Arbeitsleistung** jedes einzelnen Gesellschaftsmitglieds die Anerkennung erzwingen will.

Das Ministerium des Innern hat als vierten Nachtrag zu der Verordnung über die Aenderung der Erwerbslosenfürsorge vom 15. Januar 1919 **Ausführungsanweisungen** herausgegeben, in denen schärfer als bisher die **Arbeitspflicht** der Erwerbslosen auch außerhalb ihres Berufs und Wohnorts zum Ausdruck kommt. Nach der neuen Verordnung sind die **Gemeinden verpflichtet**, die **Unterstützung zu versagen** oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich **weigert**, eine nachgewiesene **Arbeit anzunehmen**, die auch außerhalb seines Berufs und Wohnorts liegen darf und ihm nach seiner **körperlichen** Beschaffenheit zugemutet werden kann. Hierzu bemerkt das Ministerium des Innern ausdrücklich, daß ein „gelernter" Arbeiter z. B. auch „ungelernte" Arbeit annehmen muß, wenn sie ihm eben nur nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann.

Der vielfach geltend gemachte Weigerungsgrund der Erwerbslosen, daß die Versorgung ihrer Familie bei auswärtiger Arbeit unmöglich sei, wird in der Regel dadurch ausgeschaltet werden können, daß nach der neuen Erwerbslosenverordnung in solchen Fällen die Gemeinde des letzten Wohnorts den zurückbleibenden Familienangehörigen während der Dauer des auswärtigen Arbeitsverhältnisses die Zuschläge zu der Erwerbslosenunterstützung ganz oder teilweise gewähre kann.

Diese Bestimmung ist zwar keine zwingende Vorschrift für die Gemeinden, bietet aber doch eine Erleichterung, um Verheiratete zur Annahme nachgewiesener auswärtiger Arbeit zu veranlassen. Die Arbeitslosen haben also keinen Grund mehr, Arbeit auf dem Lande oder im Braunkohlenbezirke mit dem Hinweise auf ihre zurückbleibende Familie abzulehnen.

Tagesgeschichte.

Noch zwei Sozialdemokraten in die Nationalversammlung gewählt.

Den **Soldaten der Ostfront**, die sich an den Wahlen am 19. Januar nicht beteiligen konnten, war zugebilligt worden, noch zwei eigene Vertreter in die Nationalversammlung zu wählen. Die Wahlen haben jetzt stattgefunden. Es wurden abgegeben für die **Mehrheitssozialisten 7804**, für die Unabhängigen 1945, für die Demokraten 1681, für eine parteilose Liste 1389 Stimmen, außerdem wurden für die rechtsstehenden Parteien nicht Stimmen abgegeben, jedoch für alle drei unter hundert. Gewählt sind somit die zwei Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, Paul **Rodemann** und Peter **Kronen**. Damit ist die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung auf **165** angewachsen.

Spartakuskritik an den Unabhängigen.

Parteileitung und Nationalversammlungsfraktion der Unabhängigen haben neulich in einem Aufruf heftige Töne gegen die Sozialdemokratie geredet und dieser die eigene „**unerschrockene prinzipielle proletarische Politik**" als Muster vorgehalten. Wir haben damals über die „Unentwegtheit" der Unabhängigen schon das Nötige gesagt. Nun bricht auch auf der andern Seite die Rote Fahne über die proletarisch-prinzipielle Unerschrockenheit der Unabhängigen in ein wahres Hohngelächter aus. Sie nennt den unabhängigen Kompromißvorschlag, der Nationalversammlung und Rätesystem verbinden will, „eine Mischung von Wasser und Feuer" und sagt, die Unabhängigen wollten mit faulen Flausen den unvermeidlichen Kampf um die Macht der Arbeiterräte umgehen. Sie erklärt die Unabhängigen für mitschuldig an alle dem, was in den Augen der Spartakisten die Schuld der deutschen Sozialdemokratie ist. Auch „Noskes weiße Garden" seien weiter nichts als die fleischgewordene Parole der Unabhängigen. Die Epistel schließt:

War diese Politik nicht prinzipiell, so war sie doch „unerschroden", nämlich ein **unerschrockenes Sichselbstohrfeigen** und eine unerschrockene Dreistigkeit gegenüber revolutionären Arbeitern.

Wie könnt Ihr, die Ihr unerschrocken die **Gegenrevolution geduldet** habt und unerschrocken Euch **der Revolution hemmend an die Beine gehängt habt**, wie könnt Ihr Versöhnte mit Otto Wels und seinen scheidemännischen Mitschächtern vor revolutionäre Proletarier hintreten, um es aufzufordern, Euch diese Versöhnung und diese Einigung im Zeichen des Kuhhandels zwischen Revolution und Gegenrevolution nachzutun?

Die unabhängigen Führer können es nur, weil sie **kein Schacher, kein fauler Friede** schreckt, und weil sie seit dem 9. November sich sorgfältig gehütet haben, ihre Taten dem Urteil ihrer Parteimitglieder, dem Urteil ihres Parteikongresses zu unterbreiten.

Werden sie nach ihren Taten gerichtet, nicht nach ihren Worten, so werden die revolutionären Proletarier sehr bald sich verbitten, von der Leitung der U. S. P. in Anspruch genommen zu werden.

„Revolutionäre Proletarier" im Sinne der Roten Fahne gibt es nun in Deutschland sehr wenige. Die Anhänger der Unabhängigen sind zum größten Teil nur verärgerte Sozialdemokraten, die die unerbittliche **Notwendigkeit** der sozialdemokratischen Politik nicht verstehen, weil ihnen die eigensinnigen Führer der Minderheit dieses Verständnis unmöglich machen. Sie müssen erst einsehen, daß ihre Taktik, sich immer wieder an Spartakus heranzuschmeißen und in seinem Sinne die Arbeiterbewegung durcheinanderzuhetzen, verhängnisvoll ist. Dann erst wird die Einigung möglich sein!

Das rote Groß-Thüringen.

Die bis jetzt vorliegenden Resultate der Landtagswahlen in den Thüringer Kleinstaaten zeigen, daß in Zukunft die Sozialdemokraten in der thüringischen Politik maßgebend sein werden. Noch stärker als bei den Wahlen zur Nationalversammlung stellt sich bei ihnen das Volk hinter die sozialdemokratische Partei. Es liegen vorerst — wenn man von den preußischen Landesteilen absieht — die Ergebnisse der Landtagswahlen aus 5 Staaten vor, und zwar aus Altenburg, Koburg, Reuß j. L. und Reuß ä. L., sowie aus Schwarzburg-Sondershausen. In Gotha wird am 23. Februar, in Weimar am 9. März, in Schwarzburg-Rudolstadt am 16. März gewählt und in Meiningen ebenfalls im März. Die auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählten Landesvertretungen haben sich dann alsbald nach ihrer Konstituierung mit der wichtigen Frage des Zusammenschlusses sämtlicher neun Thüringer Kleinstaaten und der Verfassung des künftigen Kleinstaates Thüringen zu beschäftigen, wofür die Vorarbeiten bereits in einer Kommission im Gange sind. Die Kleinstaaterei wird und muß aufhören. Die Wählermassen gaben in der Wahl der Sozialdemokraten bereits ihr Votum für den Einheitsstaat ab, denn unsere Agitation berührt diese Frage eingehend. Wir haben Mandate erhalten: in S.-Altenburg 24 Sitze gegen 16 bürgerliche, in S.-Koburg 7 gegen 4, in Reuß j. L. 13 gegen 8, in Reuß ä. L. 9 gegen 5, in Schwarzburg-Sondershausen 10 gegen 6. In Schwarzburg-Sondershausen sind nur „Unabhängige" gewählt worden, in Reuß ä. L. haben die „Unabhängigen" 7 Mandate und unsere Partei 2. In Reuß j. L. wurde eine genossenschaftliche Liste aufgestellt und in S.-Altenburg und S.-Koburg sind die Unabhängigen überhaupt nicht vertreten. Wir sehen, daß dort, wo wir die Presse — unser Eigentum — in der Hand haben und eine gute Organisation besteht, die Einigkeit und Geschlossenheit auch deutlich zum Ausdruck gebracht werden kann. Nur Organisation und Agitation in geschlossener Schlachtreihe bringt die Partei vorwärts und führt zum endlichen Sieg, die Spaltung dagegen hemmt den ganzen Aufstieg des werktätigen Volkes. Diese Lehre haben uns in Thüringen die bisherigen Landtagswahlen neu gegeben.

Zwangssozialisierungen von Bergwerken.

Das Berliner Tageblatt berichtet: Im **Bornaer Braunkohlengebiet** bei Pelzig sind am Donnerstag Unruhen ausgebrochen. Die Arbeiter setzten **Betriebsräte** ein und verlangten die **sofortige Sozialisierung** der Gruben unter Drohung mit dem Streik. Sie handeln offenbar unter dem Einfluß der Unabhängigen in **Halle**. Der Regierung ist es gelungen, etwas Beruhigung zu schaffen. In der nächsten Woche sollen **Verhandlungen** über die in Betracht kommenden Fragen stattfinden.

Die Beschuldigungen gegen Radek.

Karl Radek, der in Berlin verhaftet worden ist, dürfte bald unter Anklage gestellt werden. Er wird beschuldigt, daß er sich zusammen mit den deutschen Kommunistenführern am Aufruhr beteiligt und daß er die deutsche Spartakistenbewegung mit russischen Mitteln unterstützt hat. Radek wird sehr streng bewacht, um einen Fluchtversuch zu verhüten.

Zur Landarbeitsordnung.

Die neue Landarbeitsordnung verdankt ihre Entehung dem Reichsbauern- und Landarbeiterrat in Berlin, welcher sich bekanntlich aus den Verbänden der ländlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet hat. Die Landarbeitsordnung ist aus den zwingenden Forderungen der Zeit heraus geboren und wird in der amtlichen Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger ausdrücklich als vorläufige Landarbeitsordnung bezeichnet. Sie befaßt sich in ihren Hauptpunkten mit der Abschließung von Dienstverträgen, der Festsetzung einer täglichen Höchstarbeitszeit, der Regelung der Ueberstundenfrage und Einführung einer zweistündigen Ruhepause während der Hauptarbeitsperiode. Ferner werden die Fragen der Bar- und Naturallöhnung, ihrer Auszahlung und ihrer Bewertung geregelt. Für Einführung einer Arbeitsordnung zum Schutze der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden scharf umgrenzte Richtlinien gegeben, und die Wohnungsfrage findet eine eingehende Würdigung. Die letzten Paragraphen befassen sich mit der Lösung des Arbeitsvortrags, und auch in dieser schwierigen Frage versucht die Verordnung beiden Teilen volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Die Verordnung, welche in denkbar kurzer Zeit herausgebracht worden ist, wird im richtigen Augenblick veröffentlicht. Einerseits ist unsere Ernährung durch den Mangel an Arbeitskräften in der Land- und Forstwirtschaft auf das Schwerste bedroht, andererseits schwillt die Zahl der städtischen Arbeitslosen in katastrophaler Weise an. Die Landwirtschaft hat durch den Ausfall der Kriegsgefangenen — und Ausländerarbeit einen derartigen Mangel an Arbeitskräften, daß sie gut und gerne mindestens eine Million neuer Arbeiter aufnehmen kann. Die Abneigung der städtischen Arbeiter gegen die Uebernahme von Landarbeit basiert aber in der Hauptsache darauf, daß die bisherige Landarbeitsordnung, soweit man überhaupt von einer solchen reden kann, völlig veraltet und den Zeitforderungen in keiner Weise angepaßt war. Die Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1909 gibt dem städtischen Arbeiter unbedingt die Möglichkeit, ländliche Arbeit zu würdigen Bedingungen zu übernehmen und dadurch sich und seine Mitbürger vor Hunger zu bewahren. Es wird ihm aber auch aus reinem Selbsterhaltungstrieb zur Pflicht, die sich bietenden Arbeitsgelegenheiten nun auch schnellstens zu ergreifen. Die Landwirtschaft bedarf seiner Kraft, die Industrie wird ihm in absehbarer Zeit keine Arbeitsgelegenheit bieten können, und unsere finanzielle Lage wird die ungeheuere Belastung durch die Arbeitslosenunterstützung nur noch ganz kurze Zeit ertragen können, ohne geradezu katastrophal zusammenzubrechen. Der Erfolg der Verordnung wird somit in hohem Grade von der Einsicht und der Klugheit der beschäftigungslosen städtischen Arbeiterschaft abhängen und ihr Verdienst wird es sein, wenn es noch im letzten Augenblick gelingt, den völligen Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft zu verhindern. Die sozialistische Regierung glaubt ihr Teil getan zu haben — nun muß der Arbeiter sich selber helfen.

Kurze Nachrichten.

Belagerungszustand. Der Arbeiter- und Soldatenrat **Wilhelmburg** hat den Belagerungszustand verhängt. Plündernde und unbefugt Waffentragende werden standrechtlich erschossen. Auch in **Hamburg** ist der Belagerungszustand verschärft worden.

Die Belgier in Duisburg. Wegen der spartakistischen Unruhen, die hier stattgefunden, und um weitere Unruhen zu verhüten, sind auf Befehl des belgischen Abschnittskommandeurs belgische Truppen in Düsseldorf eingerückt.

Bolschewistenausweisungen aus Amerika und England. Um die Verseuchung Amerikas und Englands vom Bolschewismus zu verhüten, sind in beiden Ländern Maßnahmen getroffen worden, um verdächtige Elemente abzuschieben. Ausweisungen in großer Zahl haben bereits stattgefunden.

Zu den Gemeindewahlen.

Die Reichs- und Landeswahlen sind vorüber, die Gemeindewahlen stehen vor der Tür. Weit inniger als mit dem Lande und mit dem Reiche fühlt sich der Mensch mit dem Orte verbunden, in dem er seine Jugend verlebt hat, in dem er wohnt und arbeitet, von dem er sein Licht und sein Wasser bezieht, in dessen Schule er seine Kenntnisse erworben hat. Viel unmittelbarer als im Reiche und Staate wird er von den vorteilhaften Einrichtungen der Gemeinde berührt und empfindet er Mängel in der Verwaltung der Gemeinde und ihrer Einrichtungen. Selbst die Wirkungen der Landes- und Reichsgesetze spürt die Bevölkerung oft erst, wenn die Gemeindeverwaltung als das vollziehende und ausübende Organ mancher Gesetze in Funktion tritt.

In der Zukunft werden alle Bevölkerungsschichten noch weit mehr an der Wirtschaftspolitik und an der Sozialpolitik, am Kultur- und Bildungswesen, am Gesundheits- und Wohnungswesen, am Finanzwesen der Gemeinde interessiert sein. Die Notwendigkeit der **Sozialisierung** bezw. **Kommunalisierung** gewisser Produktionszweige wird sich auch in den Gemeinden in verstärktem Maße geltend machen.

Die **Finanzgebarung** der Gemeinden, die der Krieg teilweise in heillose Unordnung gebracht hat, bedürfen grundlegender Neuordnung. Schule und Erziehung treten immer schärfer in den Aufgabenkreis der Gemeinden. Dringlicher als je ergibt sich für die Gemeinden die Pflicht, im **Wohnungsbau** durchgreifende Maßnahmen zu ergreifen, von der vorsichtigen Sympathie für die Baugenossenschaften zur eigenen, mutigen, großzügigen Tat überzugehen. In der **Sozialpolitik** hat der Krieg die Gemeinden vor unübersehbare Aufgaben gestellt; es sei nur an das schwierige Problem der Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitsbeschaffung gedacht. Die Freiheit, die die Revolution allen bisherigen gesetzlichen und behördlichen Beschränkungen zum Trotz den gemeindlichen Angestellten und Arbeitern gebracht hat, stellt die Gemeindeverwaltungen in ein neues Verhältnis zu den Beamten- und Arbeiterorganisationen. **Lebensmittelversorgung, Fürsorge für Mutter und Kind, Krankenpflege** und **Bestattungswesen** werden sich weit größerer Aufmerksamkeit der gemeindlichen Verwaltungen zu erfreuen haben.

An der Durchführung aller dieser Aufgaben sind **alle** Bevölkerungskreise der Gemeinde interessiert, ihnen **allen** muß durch die **Neugestaltung des Gemeindewahlrechts** im freiheitlichen Sinne die Möglichkeit geschaffen werden, an der Zusammensetzung der Verwaltung der Gemeinde mitzuwirken. Nun ist es notwendig, daß es überall in der **richtigen** Art geschieht und **sozialdemokratische Gemeindevertreter** gewählt werden.

Lokales und Provinzielles.

Halle, 17. Februar 1919.

Zur Frage der wilden Sozialisierung im Bergbau.

Durch die Reichsverordnung vom 18. Januar 1919 über den Bergbau und die vor einigen Tagen veröffentlichten Ausführungserlasse des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe sind die Neuwahlen von Arbeiterausschüssen (Bergwerks- und Zechenräten) nach einer durch das Hilfsdienstgesetz nebst seinen Ausführungsbestimmungen, sowie nach der Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten festgelegten Wahlordnung vorgeschrieben. Die nach dem sogenannten Essener Muster getätigten Wahlen sollen vorübergehend nicht kritisiert, die auf Grund solcher Wahlen zustandegekommenen Ausschüsse bei Verhandlungen vorübergehend zugelassen werden. Die nach Essener Muster willkürlich vorgenommenen Wahlen sehen gemischte aus Arbeitern und Angestellten bestehende Bergwerks- und Zechenräte vor, die geeignet sind, den ungesetzlichen Bestrebungen der Sozialisierung von unten herauf Vorschub zu leisten.

Zu dieser Angelegenheit werden wir vom **Oberbergamt Halle** um Veröffentlichung folgender Zuschrift gebeten:

Der „Bezirks-Bergarbeiter-Rat beim Oberbergamt Halle" hat eine vorläufige Dienstanweisung für die Betriebsräte im Mitteldeutscher Bergrevier veröffentlicht.

Nach dem in der Presse bereits veröffentlichten Telegramm des Handelsministers vom 1. Februar sind die gewählten Betriebsräte lediglich zu **Verhandlungen** mit Behörden und Werksverwaltungen **zugelassen**, und zwar nur für die Zeit bis zur Wahl der Arbeiterausschüsse (Zechenräte) auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 18. Januar 1919.

Für die Befugnisse der Arbeiterausschüsse (Zechenräte) und der vorläufig an ihrer Stelle zugelassenen Betriebsräte sind zur Zeit maßgebend die Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes und des § 13 der Verordnung der Reichsregierung vom 23. Dezember 1918, welcher bestimmt: Die Arbeiterausschüsse haben die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter in dem Betriebe, der Verwaltung oder dem Bureau dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen. Sie haben in Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber darüber zu wachen, daß in dem Unternehmen die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden. Soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, haben die Ausschüsse im Einvernehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter bei der Regelung der Löhne und sonstiger Arbeitsverhältnisse mitzuwirken. Es liegt ihnen ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu fördern. Außerdem haben sie ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in dem Betriebe der Verwaltung oder dem Bureau zu richten und die Bergrevierbeamten und Gewerbeaufsichtsbeamten bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen.

Nach § 20 der gleichen Verordnung können sie die Schlichtungsausschüsse anrufen, wenn bei Streitigkeiten über die Löhne oder sonstigen Arbeitsverhältnisse eine Einigung nicht zustande gekommen ist.

Ueber die nähere Ausgestaltung der Rechte der Arbeiterausschüsse (Zechenräte) im Rahmen dieser Vorschriften wird zur Zeit von der Regierung beraten.

Die Veröffentlichung der „vorläufigen Dienstanweisung" durch den Bezirks-Bergarbeiter-Rat, deren Inhalt zu den vorstehenden Bestimmungen teilweise in Widerspruch steht, ist in dem gegenwärtigen Zeitpunkt geeignet, in der Belegschaft der Gruben Unsicherheit und Unruhe zu verbreiten. Auch steht dem Bezirks-Bergarbeiter-Rat ein **gesetzliches** Recht zu dem Erlasse einer solchen Dienstanweisung **nicht** zur Seite.

Halle, den 14. Februar 1919.

Das Oberbergamt. Scharf.

Schiffer über unsere Finanzlage. — Wer treibt Gewaltpolitik?

Die Nationalversammlung hörte am Sonnabend zuerst ein einstündiges ausgezeichnetes Finanzreferat des Reichsschatzministers Schiffer. Die deutschen Reichsgelder sind total verwüstet, die Reichskasse in großer Gefahr des Zusammenbruchs. Wir haben nahe an 60 Milliarden schwebende Schuld, wir haben das Papiergeld von 2 Milliarden auf 35 Milliarden vermehrt und brauchen jährlich zur Deckung der notwendigen Kosten — eine etwaige Kriegsentschädigung an die Feinde noch nicht mitgerechnet — 19 Milliarden statt früher 5 Milliarden an Reichseinnahmen. Obendrein hat die Kriegswirtschaft ein skrupelloses Spekulanten- und wüstes Schiebertum großgezogen und die Steuermoral total zerstört. Schiffer kündigte die ernstesten Maßnahmen an, um das Reich vor dem ernsthaft drohenden finanziellen Zusammenbruch zu bewahren. Wie Scheidemann mit der militärischen Politik der Vergangenheit, Rantzau mit der Unfähigkeit der deutschen Diplomatie abgerechnet hat, so brandmarkte Schiffer ein System finanziellen Leichtsinns und skrupelloser Verschleuderung von Staatsgeldern.

Da mit dem neuen Kreditgesetz, das Schiffer begründet hatte, die große politische Generaldebatte verbunden war, setzte nun die mit Spannung erwartete Auseinandersetzung der Unabhängigen mit der Sozialdemokratie ein. Wir wissen nicht, wie die Unabhängigen über ihr Ergebnis denken. Nach unserem Urteile haben sie geradezu entsetzlich schlecht abgeschnitten.

Ihr Redner Haase billigte im wesentlichen die Programme Schiffers und Rantzaus. Gegen Rantzau betonte er nur mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetregierung, um sich sofort nachweisen zu lassen, daß dies gerade auf Antrag Kautsky und Haase unterblieben ist, als diese Herren noch im Kabinett saßen. Die ganze Wucht seines Vorstoßes richtete Haase gegen Noske und die angebliche Gewaltpolitik der Regierung. Im Mittelpunkte seiner Rede stand die natürlich leicht auszunutzende, tief bedauerliche Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Das Regierungsprogramm Scheidemanns findet er natürlich rein bürgerlich, vom ersten bis zum letzten Worte.

Der Reichswehrminister Noske entgegnete auf der Stelle, daß diese Kritik sehr billig sei, zumal es sich lediglich um ein Arbeitsprogramm für die Nationalversammlung selber handle. In der Hauptsache aber wies er nach, daß die Regierung nur dort Gewalt angewandt hat, wo die freiheitlichen Errungenschaften der Revolution brutal mit Füßen getreten und wichtige Reichsinteressen durch örtliche Gewaltherrscher frivol verletzt wurden. Einen überwältigenden Eindruck machte es, als Noske die Beweise dafür beibrachte, daß die wichtigsten Führer der Unabhängigen und Spartakisten in den entscheidenden Stunden die von ihnen verführten Massen im Stiche gelassen haben, wie insbesondere Herr Henke nach Weimar fuhr, als es in Bremen zur Entscheidung kam. Die Unabhängigen, die jetzt jedes Blutvergießen so scharf verurteilen, haben nicht das geringste dagegen unternommen, als ihr Eichhorn, der erste Mann auf ihrer Liste, wahllos Gewehre an jeden abgab, der eins haben wollte. Deshalb tragen sie die furchtbare Mitschuld an allem vergossenen Blute. Die Proteststrufe der Unabhängigen kamen nicht auf gegen den nachdrücklichen Beifall, mit dem die erwählten Vertreter des ganzen deutschen Volkes diese Feststellung unterstrichen.

Nach einer echt kapitalistischen Rede des Hansabundmannes Dr. Rieser von der Deutschen Volkspartei wurde die weitere Debatte auf Montag vertagt.

*

Weimar, 15. Februar. Nach Eröffnung der Sitzung durch Präsident Fehrenbach erklärt Ministerpräsident Scheidemann, daß die Reichsregierung die Interpellation Heinze über den Waffenstillstand in den nächsten Tagen beantworten wird. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Reichsfinanzminister Dr. Schiffer: Die Finanzvorlage sieht einen Kredit von 25 Milliarden und 300 Millionen vor. Die 300 Millionen sollen für Bau- und Wohnungszwecke dienen. Im Oktober vorigen Jahres stand das Reich vor der Erschöpfung seiner Mittel. Ich werde unsere Karten, ich werde unsere Bücher offen auslegen. Ich werde handeln wie ein ehrlicher, anständiger und reeller Kaufmann, der auch nichts weiter tut, als daß er sagt: Das habe ich, nun seht zu, wie ich überhaupt weiter kommen kann. Zwischen Regierung und Volk muß auch in finanzieller Beziehund Offenheit, Wahrheit und rückhaltloses Vertrauen herrschen. Die Summe aller Anleihekredite, die uns bewilligt worden sind, beträgt mehr als 140 Milliarden. Hierzu treten an Schatzscheinkrediten 6 Milliarden. Zusammen beträgt der Anleihekredit, der uns bis Oktober zur Verfügung stand, 146 Milliarden. Diese Kredite sind flüssig gemacht worden durch Kriegsanleihe im Betrage von beinahe 93 Milliarden und durch Buchschuldbegründungen von 53 Milliarden. Außerdem, und das ist ein Posten von ganz besonderer Höhe und schwerwiegender Bedeutung, haben wir ausgegebene Schatzanweisungen und Reichswechsel in dem ungeheuren Betrage von über 58 Milliarden. Damit haben wir die bewilligten Kredite um 5 Milliarden überschritten. Dazu treten noch Kredite an unsere Bundesgenossen und von Neutralen im Betrage von 9,5 Milliarden. Wir erhalten damit eine Gesamtsumme von 161 Milliarden und hätten danach die uns bewilligten Kredite um 14 Milliarden überschritten. Diese Ausgaben stellen ohne Rücksicht auf die Verzinsung die effektiven Kriegskosten dar. Die Ausgaben sind in den Kriegsjahren beinahe regelmäßig angestiegen. Wir verbrauchten 1914 in fünf Monaten 7,5 Milliarden, 1915 23 Milliarden, 1916 26,6 Milliarden, 1917 39,6 Milliarden, 1918 48,5 Milliarden. Die Methode unserer Kriegsfinanzierung halte ich mindestens nicht für tadelfrei. Man hatte an einen kurzen Krieg gedacht, und als er sachlich und zeitlich uns über den Kopf wuchs, zeigte sich mehr und mehr, daß wir dem nicht gewachsen waren. Es sind damals Unsummen verschleudert und dadurch Leute bereichert worden, die auch moralisch sehr anfechtbar waren. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch die Demobilmachung hat weit höhere Kosten verursacht, als veranschlagt war. Dazu kamen die gewaltig gestiegenen Ausgaben für den Grenzschutz, für den Reichsanteil an der Erwerbslosenunterstützung, die von 17 Millionen im Dezember 1918 auf 67 Millionen im Februar 1919 stiegen, für die Kriegswohlfahrtspflege und für die Beamtenteuerungszulagen. Die fortlaufenden Ausgaben sind nach oberflächlicher Schätzung von 5 Milliarden auf 19 Milliarden gestiegen. Davon, daß die Kriegsanleihe annulliert, die Sparkassen- und Bankguthaben beschlagnahmt werden sollen, ist keine Rede. Aus der Verwertung der Heeresbestände werden wir freilich nicht acht Milliarden, sondern höchstens 5 Milliarden herausschlagen, denn dieses Heeresgut ist zum Teil gestohlen, geraubt, geplündert worden. Wir werden also darauf angewiesen sein, Deckung für unsere Schulden und für unsere Bedürfnisse überhaupt auf dem Wege der Steuer vorzunehmen. Für diese Steuergesetzgebung werde ich mich von folgenden drei Gesichtspunkten leiten lassen. Die Steuergesetzgebung möglichst im Einvernehmen mit allen Gliedern des Reiches vorzunehmen. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß das Steuerwesen sich in engstem Einvernehmen mit dem Wirtschaftsleben abspielen muß. Drittens soll die Steuergesetzgebung eine soziale sein. Dann noch ein Wort über das umlaufende Papiergeld. Gegenüber einem Umlauf von 2 Milliarden im Jahre 1914 haben wir jetzt einen solchen von 34 Milliarden 432 Millionen, ungerechnet das von den Kommunen herausgegebene Papiergeld. Ist es da nun überhaupt möglich, daß wir dieser finanziellen Nöte jemals Herr werden? Eine endgültige Antwort kann darauf niemand geben. Das hängt ab von dem Verhalten unserer Feinde uns gegenüber und von unserem Verhalten. Ich bin entschlossen, alle Machtmittel gegen diejenigen anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen, und ich werde den Betrug gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen bestrafen. Ich glaube an den gesunden Kern unseres Volkes. Ich glaube an die geschichtliche Sendung und ich glaube an den Beruf dieser von dem gesamten Volke gewählten Nationalversammlung, voranzugehen auf dem Wege des Rechtes, auch auf finanziellem Gebiet. (Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Tribünen.)

Abg. Haase (U. Soz.): Die Rede des Reichsfinanzministers hat die ganze wahnsinnige Frivolität, Gemeinheit und Unmoral des Krieges aufgezeigt. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Schiffers Rede hat der ganzen Kriegspolitik das Todesurteil gesprochen. Das Hindenburgprogramm war das Treiben eines verbrecherischen Bankerotteurs. Daß im Wirbel der Revolution auch unnütze Ausgaben gemacht werden, bestreitet kein Verständiger. Aber die übertriebene phantastische, verleumderische Hetze gegen die A.- und S.-Räte hat der Reichsfinanzminister heute erledigt. Die Arbeiterräte sind keine vorübergehende Erscheinung, man findet sie in allen Ländern. Bei der Sozialisierung der Betriebe, die nicht durch die Nationalversammlung herbeigeführt wird (Sehr gut! bei den U. Soz.) haben sie wichtige politische und ökonomische Aufgaben. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Die Zerrüttung unserer Finanzen, die Arbeitslosigkeit, die Erschütterung unseres ganzen wirtschaftlichen und sozialen Lebens wird neue schwere Kämpfe heraufbeschwören. In welcher Form sie sich abspielen, hängt von der Politik der Regierung ab. Es fehlt die Uebernahme der Eisenbahnen und Wasserstraßen aufs Reich. (Zuruf: Eisner!) Es fehlt die Justizreform, es fehlt die Amnestie. (Zuruf bei den Soz.: Die kommt, wenn Sie mit dem Blutvergießen aufhören.) Die Kämpfe provozieren doch Sie! (Stürmischer Widerspruch bei den Soz.) Niemals wurde in Berlin Recht und Gesetz so mißachtet, wie unter dieser Regierung der Willkür und Gewalt. Denken Sie nur an den Schießerlaß des Herrn Noske. (Noske meldet sich zu Wort.) Der atmet ganz den muffigen Geist von 1820. (Zuruf bei den Soz.: Schießen dürfen nur Spartakisten.) Wie hat man die wehrlosen armen Gefangenen Liebknecht und Rosa Luxemburg (Widerspruch rechts) hingemordet. (Lebhafte Zustimmung bei den U. Soz.) Das Ichbewußtsein des Herrn Noske hat sich in maßloser Weise gesteigert. Gegen die Kommunisten wird jetzt eine gemeine und niedrige Hetze getrieben. (Zuruf: Verurteilen Sie erst die Hetze und Gewalttätigkeit der Spartakisten.) Niemand bestreitet der Regierung das Recht, Gewalt gegen Gewalt anzuwenden. Wie wir früher diese Revolution vorhergesagt haben, so sehen wir jetzt den Gedanken der Arbeiterklasse sieghaft vorwärts schreiten und unaufhaltsam vordringen zur Republik, die sich füllen wird mit sozialistischem Inhalt. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Reichswehrminister Noske: Das Regierungsprogramm ist lediglich Arbeitsprogramm für diese Versammlung. Nur ein kleines Stück Wegs gehen wir mit den bürgerlichen Parteien zusammen. Wir haben mit ihnen keine Ehe auf Lebenszeit. Aber was immer im Programm stände, Herr Haase würde es schlecht finden. Er rühmt sich uns gegenüber als grundsatztreuen Vorfechter des Sozialismus. Aber in der „Roten Fahne" lese ich täglich, daß die Unabhängigen die faulsten Kompromißler sind. (Heiterkeit.) Haase und seine Freunde haben die Niederlage gar nicht vorhergesehen, sondern noch gegen den Eroberungskrieg protestiert, als Deutschland längst für seine nackte Existenz kämpfte. Wir haben alle Kraft aufgeboten, diese Niederlage abzuwehren, deren verhängnisvolle Folgen das Volk spürt und noch härter spüren wird.

In bezug auf das Verhältnis zu Rußland hat Kautsky vor etlichen Monaten den Abbruch der Beziehungen zu den Bolschewisten beantragt. Diesem Antrag hat Haase zugestimmt. Es ist beschlossen worden, die Zureise der Russen nach Berlin abzulehnen. Damit fallen die Vorwürfe, die Haase im bezug darauf jetzt der Regierung macht, in sich zusammen. Die Sorge für Heer und Marine ist mir übertragen worden.

Den Bestand an Wehrmacht bilden die Verbände der Freiwilligen. Es ist nicht wahr, daß diese Truppen der Gegenrevolution dienen. Hochachtung vor den Männern, die sich bereit gefunden haben, weiter die Waffen zu tragen, um unsere Grenzen zu schützen. Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, wahre Demokratie sind die revolutionären Errungenschaften, aber diese Errungenschaften sind nur dort angetastet worden, wo die Spartakisten geherrscht haben. Redner wendet sich gegen das Treiben der Henke in Bremen, ferner eines Mitgliedes der Nationalversammlung aus Braunschweig und andere. Wo solche Versuche der Vergewaltigung gemacht werden, wird der Bevölkerung von der Regierung geholfen werden. Die Aufnahme in den Verband der Freiwilligen wird sorgfältig geprüft. Es geht anders zu, wie bei Aufnahme der Sicherheitsmannschaften in Berlin durch Eichhorn. Es erfolgt die Aushebung Wehrpflichtiger in geringer Zahl im Osten. Das ist unumgänglich notwendig. Gegen den polnischen Imperialismus ist heute noch deutsche Erde zu verteidigen. In Berlin, Bremen, Breslau und anderen Orten herrschte infolge des Nahrungsmittelmangels eine verzweifelte Stimmung. Das hat zu Räubereien, Plünderungen usw. geführt. In Berlin und Bremen haben die Kämpfe zum Teil politischen Charakter gehabt. Daß in den letzten Wochen in Berlin manches vorgekommen ist, was bedauerlich ist, habe ich gemißbilligt.

Im Falle Liebknecht ist das Rechtsverfahren im Gange. Es ist ganz selbstverständlich, daß jede Schuld restlos gerichtlich bestraft wird, wo sie festgestellt werden kann. Als ich nach Berlin kam, wurde Gewalt angewendet von einer Minderheit. Ich bedauere jedes Menschenleben. (Zuruf: Heuchler.) Aber wo die Leben Tausender gefährdet sind, ist es selbstverständlich, daß zugepackt wird. (Stürmischer Beifall, heftiger Widerspruch bei den Unabhängigen.) Die Regierung kann mit gutem Gewissen Rechenschaft abgeben. Auch ich kann vor der Nationalversammlung mit gutem Gewissen bestehen. (Zuruf: Augen rechts!) Wochenlang ist in Berlin von einer geradezu wahnwitzigen Agitation die Bevölkerung auf das schärfste beunruhigt worden. Die Aufpeitschung der Menge ist auf allen Straßen offen betrieben worden. Wo waren denn da die um das Menschenleben so sorgsam bedachten Herren Haase und Genossen? Wo waren die Männer, um diesem verbrecherischen Treiben zu steuern. Auch heute noch besteht eine Unsicherheit in Berlin, weil in geradezu wahnwitziger Weise die Arbeitslosen aufgepeitscht werden. Redner berührt noch die Vorgänge in Bremen und Cuxhaven und führt die Fälle an, die dort zum militärischen Eingreifen geführt haben. Redner erntet lebhaften Beifall, sowie starke Mißfallensbezeugungen bei den Unabhängigen.

Abg. Riesser (Deutsche Volkspartei) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, durch die sie die Republik, die durch die verfassunggebende Nationalversammlung eine Rechtsgrundlage erhalten hat, anerkennt und weiter, daß die Erhaltung der monarchistischen Staatsform ausgeschlossen ist. Die Partei ist bereit, der republikanischen Staatsform ihre Anerkennung nicht zu versagen und an dem Aufbau der republikanischen Verfassung mitzuarbeiten. Das Schwergewicht solle man nicht auf das rein Politische, sondern auf das Wirtschaftliche legen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Henke-Bremen verkündet der Präsident, daß die nächste Sitzung am Montag, den 17. Februar, nachmittags 2 Uhr in Fortsetzung der heutigen Tagesordnung stattfindet.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 40 Minuten.

Die Lebensmittelpreise in Halle und im Reich.

Das Reichsernährungsamt hat in allen Großstädten eine Erhebung über die Preise der wichtigsten Lebensmittel vorgenommen. Die Ergebnisse sind zu Durchschnittspreisen verrechnet worden. Es kostete z. B. ein Kilogramm

Ende Dezember 1918:	in Halle	im Durchschnitt des Reichs
Roggenbrot	52,5 Pf.	48,1 Pf.
Kartoffeln	19,0 Pf.	20,8 Pf.
Zucker	100,0 Pf.	104,0 Pf.
Speisesalz	30,0 Pf.	32,2 Pf.
Butter	?	921,7 Pf.
Rindfleisch	484,0 Pf.	459,3 Pf.

Es wurden weiter bezahlt für ein Liter Vollmilch in Halle 56 Pf., im Reich 52,3 Pf., für ein Ei in Halle 42 Pf., im Reich 48 Pf. Man kann hiernach feststellen, daß gerade die wichtigsten Lebensmittel wie Brot und Fleisch in Halle erheblich teurer sind als in anderen Orten des Reiches. Bei den Kartoffeln, die in Halle allerdings billiger sind, ist der Unterschied nur ein geringer. Die Erhebung zeigt im allgemeinen, daß die Lebensmittel in Bayern, namentlich in Augsburg, am billigsten sind. Als besonders teuer zeigt sich Berlin. Allzu groß sind aber die Schwankungen nicht; die Unterschiede betragen nur wenige Pfennige. Nur bei der Butter sind die Differenzen größere. Die Teuerung ist eben allgemein.

* **Die Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter** vom 9. Januar 1919 ist durch eine Verordnung vom 1. Februar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 132) dahin abgeändert, daß die Ueberwachungsstellen im Benehmen mit den Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Anordnungen treffen können und daß eine Kündigung Schwerbeschädigter nicht vor dem 15. März 1919 erfolgen darf. Früher erfolgte Kündigungen werden erst am 15. März wirksam.

* **Arbeiterwochenkarten für Eisenbahnfahrten.** Vom 17. Febr. an wird mit Rücksicht auf die vielfachen Arbeitseinschränkungen in der Industrie die Geltungsdauer der im hiesigen Direktionsbezirk verausgaben Arbeiterwochenkarten bis auf weiteres gegen jederzeitigen Widerruf auf 14 Tage mit der Maßgabe verlängert, daß die Karten innerhalb dieser Zeit an sechs beliebigen Arbeitstagen, die nicht unmittelbar aufeinander zu folgen brauchen, benutzt werden dürfen. Im übrigen bleiben die Tarifbestimmungen über die Ausgabe der Arbeiterwochenkarten in Geltung.

* **Bund technischer Berufsstände.** Die Ortsgruppe Halle des Bundes technischer Berufsstände, welche alle in Halle bestehenden technischen Verbände umfaßt, hat sich in ihrer letzten Sitzung auch mit den Stadtverordnetenwahlen beschäftigt. Herr Stadtverordneter Heine hielt ein kurzes Referat und führte begründend aus, daß besonders der Techniker in der Stadtverordneten-Versammlung ein reiches Arbeitsgebiet vorfinden wird. Im Interesse der Kommune wie auch der Techniker liege es demgemäß, daß Techniker im Stadtparlament Sitz und Stimme haben. Es war in der Versammlung große Stimmung für die Aufstellung einer eigenen Wahlmännerliste vorhanden. In Hinsicht auf die nur noch geringe zur Verfügung stehende Zeit wurde jedoch davon abgesehen und der Beschluß gefaßt, den einzelnen an der Wahl beteiligten politischen Parteien entsprechende Kandidaten für die Listen anzubieten. — Auf der Liste der alten sozialdemokratischen Partei stehen zwei Techniker, der Oberingenieur Vollbrecht und der Ingenieur Haerdel.

* **Vorträge für Frauen.** Auf die am Montag, den 17. Februar, abends 8 Uhr in der Aula der Oberrealschule am Wettiner Platz und des Reform-Realgymnasiums, Friesenstraße, in denen Stadtarzt Prof. v. Drigalski und Stadtschularzt Dr. Peters über die unseren Frauen und Töchtern drohenden Gefahren sprechen, wird nochmals aufmerksam gemacht. Eintritt frei.

* **Krieg und Volksgesundheit.** Das städtische Gesundheitsamt schreibt uns: Fast 4¾ Jahre hindurch führen nunmehr unsere Gegner einen maßlos grausamen und völkerrechtswidrigen Hungerkrieg auch gegen unsere Frauen, Kinder, Greise, Kranken und setzen ihn bis zum heutigen Tage fort. Darunter leiden natürlich die auch während des Krieges soweit als irgend möglich fortgesetzten Bemühungen zur Erhaltung der Volksgesundheit erheblich, die in der Hauptsache jetzt auf die Eindämmung der übertragbaren Krankheiten gerichtet waren, insbesondere Diphterie und Scharlach, die früher in Halle eine unheilvolle Rolle spielten und in den letzten Jahren vor dem Kriege erfreulich zurückgegangen waren. Diese Seuchen konnten in Halle auch während des Krieges ziemlich niedrig gehalten werden, ebenso wie Typhus und Ruhr. Anders steht es mit der Tuberkulose. Je besser die Ernährungs- und Absonderungsmöglichkeit desto aussichtsvoller der Kampf gegen die Tuberkulose; je geringer beides wird, desto eher wird sie ein Ansteigen zeigen. Dabei würde schon ein langsamer Anstieg der Tuberkulosensterblichkeit bedenklich machen müssen, da es sich um eine langsam ausbreitende chronische Krankheit handelt; die Zunahme oder Abnahme der Tuberkulosensterblichkeit kann geradezu einen Maßstab für die allgemeine Lebenshaltung und Volksernährung abgeben. Die Zahl der Tuberkulose-Todesfälle betrug nun 1914: 287, 1915: 301, 1916: 327, 1917: 512, 1918: 558, d. h. die Zahl der Tuberkulosesterbefälle hat 1918 gegen das Jahr 1914 um mehr als 94 Prozent zugenommen! Diese Ziffern zeigen mit fürchterlicher Deutlichkeit wie notwendig die Hebung der Lebenshaltung geworden ist, wie nötig es ist, die Produktion und damit die Ernährungsmöglichkeit überall zu steigern, und wie ungeheuer verhängnisvoll es wäre, kostbare Brotgetreide und Kohlen liefernde Landesteile im Osten und Westen preiszugeben; von der Notwendigkeit eines baldigen „Gerechtigkeitsfriedens" gar nicht zu reden!

* **Volkstümliche Hochschulkurse.** Die vor einigen Tagen angekündigten volkstümlichen Hochschulkurse beginnen am 24. Febr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190217-19/fragment/page=0003

Es werden lesen 1. Geheimrat Professor Dr. Abderhalden über „Grundlagen der Ernährung und des Stoffwechsels“ am 24., 27. Februar, 3., 6., 10., 13. März. 2. Professor Dr. Waetzoldt über „Die neue Kunst“ am 26. Februar, 1., 5., 8., 12., 15. März. 3. Geheimrat Professor Dr. Waentig über „Arbeiterfrage und Arbeiterbewegung in den wichtigsten Kulturländern vor dem Kriege“ am 17., 20., 24., 27., 31. März, 3. April. 4. Geheimrat Professor Dr. Mie über „Elektrizität und Magnetismus“ am 22., 26., 29. März, 2., 5., 9. April. Die Vorträge 1—3 finden im größten Hörsaal der Universität Nr. XVIII im Melanchthonianum, Nr. 4 im Physikalischen Institut, Paradeplatz 7, statt. Beginn 6½ Uhr. Programme und Eintrittskarten sind in den in dieser Zeitung unter den Anzeigen angegebenen Verkaufsstellen zum Preise von 1 Mark für einen Kursus zu erhalten. Da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen vorhanden ist, empfiehlt sich ein baldiger Einkauf.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Dienstag, den 18. Februar 1919, auf den Abschnitt 9 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Harnisch, Schülershof 1k und bei der Milchhändlerin Schwenke, Beesener Straße 68. Auf jeden Abschnitt wird ein halbes Pfund abgegeben.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule, am Dienstag, den 18. Februar 1919, für die Lebensmittelscheine 19 501—20 000 vormittags von 8—12 Uhr und 20 001—22 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 42 Pfg. abgegeben.

Städtischer Verkauf von Speisefett in der Talamtschule, am Dienstag, den 18. Februar 1919, auf die Lebensmittelscheine 17 501—20 000 vormittags von 8—12 Uhr und 20 001—22 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 30 Pfg. abgegeben.

Stadttheater. Heute, Montag, gelangt „Das Dreimäderlhaus“ zur Aufführung. Dienstag „Die weiße Dame“. Mittwoch „Carmen“. Donnerstag „Johannisfeuer“ von Sudermann. Freitag „Der arme Heinrich“. Sonnabend nachmittag Schülervorstellung „Maria Stuart“, abends „Sinfonie-Konzert“ unter Leitung von Prof. Paul Graener. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Ueber unsere Kraft“, 2. Teil, abends, erste Wiederholung von Verdis Oper „Aida“.

Die wirtschaftliche Vereinigung prakt. Zahnärzte zu Halle a. S. und Umgegend E. V. bittet das Publikum, den aus dem Felde heimkehrenden Zahnärzten das volle Vertrauen, das es ihnen früher geschenkt hat, auch weiterhin entgegenzubringen. (Siehe Anzeige.)

Ammendorf. Die Mitgliederversammlung der alten sozialdemokratischen Partei findet heute abend nicht bei Landmann, sondern im Restaurant zur Warte statt.

Merseburg. Sitzung des Kreisarbeiterrats. Am Sonnabend, den 8. Februar 1919 hielt der Kreisarbeiterrat in Merseburg im Kreishaus eine Sitzung ab, zu der folgende Tagesordnung zur Beratung stand: 1. Gemeinderatswahlen. 2. Bericht über die Arbeitsgemeinschaft in der Landwirtschaft. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt berichtet Genosse Fiedler über die Anordnungen, die für die Gemeinde- und Stadtverordnetenwahlen getroffen worden sind, leider konnten vom Landrat bestimmte Anordnungen nicht eher ergehen, da die Ausführungsbestimmungen erst am heutigen Tage beim Landratsamt eingegangen sind. Da vorläufig nur die Wahlen für Gemeindeparlamente stattfinden, muß überall versucht werden, die befähigsten Leute auf die Listen zu bringen, da aus den Gewählten dann die übrigen kommunalen Einrichtungen besetzt werden können und nur ein Nachziehen aus den Listen der in andere Stellen gewählten Abgeordneten stattfindet. Genosse Krüger macht sehr interessante Ausführungen über die zukünftigen Aufgaben der Vertretungen und über deren eventuelle Entwicklung in der neuen Staatsform. In der Diskussion kommen dann noch eine Anzahl Fälle aus den Gemeinden Burgliebenau, Schlettau, Großgräfendorf, Angersdorf u. a. m. zur Sprache, aus der folgender Antrag hervorgeht: Auf Grund § 49 der Landgemeindeordnung beschließt der Kreisarbeiterrat, den Vollzugsausschuß zu beauftragen, für alle Gemeinden, in welchen eine Gemeindevertretung nicht besteht, die Einrichtung einer solchen anzustreben, so daß bis zum 2. März 1919 die Wahlen daselbst noch vollzogen werden können. Genosse Langer berichtet dann bei Punkt 2 der Tagesordnung über die Tätigkeit der jetzt wieder beseitigten Arbeitsgemeinschaft in der Landwirtschaft. Er schildert wie schwierig die Verhandlungen sich gestaltet hätten und wie man dann aber doch über den Lohn der männlichen Arbeiter einig geworden sei. Leider haben aber dann die Landwirte in einer Versammlung ihren Beisitzern Richtlinien gegeben, die bei den nächsten Verhandlungen zur Lösung der Arbeitsgemeinschaft führten. Speziell die Beschäftigung der Frauen der Landarbeiter war der Anlaß hierzu, denn nur 150 Tage oder 300 halbe Tage sollten diese den Landwirten zur Verfügung stehen, wahrlich ein starkes Stück, und dafür wollte man den Frauen einen Stundenlohn von 25 Pfennig geben, während 45 Pfennig gefordert waren. Diese Zugeständnisse mußten die Arbeitnehmer ablehnen und damit ging die Sache auseinander. Dies hatte zur Folge, daß die Arbeiter der Zimmermannschen Güter in den Streik traten und geschlossen zeigten, daß sie ihre Forderungen vertraten. Eine neue Zusammenkunft soll aber trotzdem nun wieder baldigst herbeigeführt werden. Der Lohn für die männlichen Arbeiter von 30 resp. 33 Mark pro Woche muß weitergezahlt werden. Es wird dann beschlossen, am Sonntag, den 16. Februar 1919, vormittags 10 Uhr eine Landarbeiterkonferenz im Tivoli in Merseburg abzuhalten. Die Einladungen haben die Kreisratsmitglieder selbst zu erledigen, ebenso sind die Kosten von den Erscheinenden selbst zu tragen. Alle Redner zu diesem Punkte äußerten sich im zustimmenden Sinne. Punkt 3. Genosse Schmöller berichtet einen Fall aus Cröllwitz bei Dürrenberg über die Behandlung eines Dienstboten, auf Antrag des Genossen Krüger wird der Fall sofort von dem Vollzugsrat den Instanzen überwiesen. Eine Angelegenheit aus Papitz, wegen Beschlagnahme von Erbsen wird richtig gestellt und der Vertreter Böge stellt die einwandfreie Tätigkeit des dortigen Arbeiterrats fest. Die Sache wird als erledigt betrachtet. Der Vorsitzende erklärt dann die irrtümliche Auffassung über die Rationierung der Ziegenmilch. Er stellt fest, daß dies nie beabsichtigt war und auch nicht stattfinden wird, es sollten nur Erhebungen angestellt werden um einen Höchstpreis festzusetzen, was auch geschehen ist. Größere Ziegenhaltungen sind nur zwei im Kreise, davon ist eine Ziegenzüchterei, die andere eine neben großer Rinderhaltung betriebene Liebhaberei. In einem Falle aus Wehlitz wird berichtet, daß nicht wie früher dargelegt wurde, der Gutsbesitzer zu wenig Milchvieh hält, sondern im Gegenteil derselbe reichlich solches besitzt und auch seinen Verpflichtungen in der Ablieferung von Schlachtvieh den Anordnungen entsprechend voll und ganz nachgekommen ist. Hierauf berichtet Genosse Krüger über die Kreisausschußsitzung und über den Kreistag, worüber ja schon an anderer Stelle Bericht gegeben war, so daß sich hier weitere Ausführungen erübrigen. Des weiteren erhebt ein Arbeiterratsmitglied Beschwerden über die Lebensmittelverteilungsstelle in Burgliebenau und den dortigen Lebensmittelverteiler, es wird beschlossen denselben seines Amtes zu entheben und das Landratsamt mit der sofortigen Ausführung der Regelung zu beauftragen. Auch die Ablieferung der Butter wird einer scharfen Kritik unterzogen und Mißstände in Burgliebenau, Benndorf und einigen anderen Orten festgestellt. Der Vollzugsausschuß und Kreissekretär werden beauftragt, sofortige Abhilfe zu treffen. Auch über verschiedene zu Unrecht erfolgte Schlachtungen und die leider etwas oberflächliche Tätigkeit bei der Feststellung des Schlachtgewichts wird Beschwerde aus Frankleben, Holleben und Kenschberg geführt und das weitere veranlaßt. Zum Schluß nahm der Kreisarbeiterrat noch Stellung zu der Ueberhandnahme der Vergnügungssucht. Hier wird jeder örtliche Arbeiterrat beauftragt, Einhalt zu bieten und überall dahin zu wirken, daß die Genehmigungen nur in gewissen Zwischenräumen zu erteilen sind, Maskenbälle dagegen ganz verboten werden. Diese Maßnahmen sollen strengstens durchgeführt werden.

Delitzsch. Dienstag, den 18. d. Mts., von früh 8 bis 12 Uhr erhalten alle die Haushaltungen, welche bei der letzten Verteilung nicht berücksichtigt werden konnten, gegen Vorzeigung der Lebensmittelscheine und der Fleischkarten die Wurst- und Fleischkonserven in den Fleischereien, wo sie als Kunden eingetragen sind, nachgeliefert. Haushaltungen, welche in der laufenden Schlachtperiode geschlachtet haben oder noch schlachten werden, sind vom Bezug ausgeschlossen. Unbefugtes Abholen wird bestraft. Haushaltungen mit 1 bis 2 Personen erhalten 1 Pfund, mit 3 bis 5 Personen 2 Pfund, über 5 Personen 3 Pfund.

Weißenfels. Wähler-Versamlung. Am Dienstag, den 18. Februar, abends ½8 Uhr findet im Goldenen Hirsch eine Wähler- und Wählerinnen-Versaammlung statt, die sich mit der Stadtverordnetenwahl beschäftigen wird. Der Abg. der Nationalversammlung F. Feldmannn und der Stadtverordnetenkandidat Oberlehrer Weißinger werden über das Thema Gemeindepolitik und Sozialdemokratie sprechen.

Artern. Volksversammlung. Am Sonnabend, den 8. Februar, fand im Schützenhaus zu Artern eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse A. Müller, Halle, sprach über das Thema „Die Sozialdemokratie und die Gemeindewahlen“. Seine 1¼stündigen Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Da Diskussion nicht gewünscht wurde, wies Redner in seinem Schlußwort auf die Notwendigkeit der Parteizugehörigkeit hin und würdigte in kräftigen Worten den Wert der Parteipresse für die Wahlen und Agitation, sowohl wie für weitere politische Schulung und Aufklärung der Abonnenten. Nachdem der Vorsitzende Gen. Preuß auf die notwendige Beteiligung an der Wahlarbeit hinwies, welche nur den endgültigen Erfolg sichere, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen mit dem Hinweis, daß jeder dafür wirken solle, daß die sozialdemokratische Partei siege.

Ritteburg. Im Anschluß an eine Versammlung von der Sozialdemokratie fand hier im gleichen Lokale eine Versammlung des Bundes der Landwirte statt. Ein Redner pries dort die Segnungen, die der Bund der Landwirte der Landwirtschaft gebracht und schimpfte auf die Mehrheitssozialisten, die an allem schuld seien, was er damit zu beweisen suchte, daß die Sozialdemokratie in der Zeit der Revolution bis heute bewiesen habe, daß sie nicht Herr der Situation werden könnte. Erst habe sie die Revolution gemacht und nun könne sie nicht weiter. Hätte unser Heer noch einige Tage oder Wochen standgehalten, dann hätten wir heute nicht die drückenden Waffenstillstandsbedingungen. Die Schuld daran hatte natürlich auch wieder die Sozialdemokratie, und zu den kommenden Reichstagswahlen müsse jeder Landwirt wissen, was er zu tun habe. In der Diskussion sprach unser Genosse Müller. Es war ihm ein leichtes, die Haltlosigkeit dieser Behauptungen nachzuweisen. Er kennzeichnete dieses Gebahren in einer Zeit, wo aller Augen auf Weimar gerichtet seien, als besonders verwerflich und bezeichnete die Art unter dauerndem Beifall der Versammlung als echt deutsch-national. Der Redner schien auf das Schlußwort zu verzichten und können wir mit dem Verlauf dieser Versammlung auch ganz zufrieden sein. Jedenfalls hat sie aufklärend in unserem Sinne gewirkt. Unser Ortsverein, der ohnehin schon über 30 Mitglieder zählte, hat seinen Mitgliederstand um einige zehn erhöht und der Volksstimme neue Leser gewonnen.

Letzte Nachrichten.

Die Nationalwahlen in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 16. Februar. Die musterhafte Ruhe, in der nu die Wahlen für die Nationalversammlung im Wiener Stadtbezirke vollzogen, dauerte bis zum Schlusse der Wahlaktion an. Die Beteiligung der Wähler war nach den bis nach 9 Uhr abends vorliegenden Ziffern sehr groß. Man spricht von ungefähr 80 Prozent. Die ersten Wahlergebnisse lagen gegen ½9 Uhr abends aus Wien-Neustadt vor, wo nach privaten Meldungen die sozialdemokratische Liste mit großem Vorsprunge siegte.

Deutsch-Oesterreich liefert kein Eisenbahnmaterial ab.

Wien, 16. Februar. Die Forderung der italienischen Waffenstillstandskommission auf Auslieferung von 100 Lokomotiven und 2000 Waggons beantwortete das Staatsamt für Heereswesen im Einverständnis mit dem Staatsamte für Aeußeres dahin, daß die Ablieferung des erwähnten Eisenbahnmaterials für Deutsch-Oesterreich unmöglich sei.

Revolutionsgefahr in Italien.

Zürich. Nach einer Meldung des „Zür. Anz.“ habe in Italien die revolutionäre Bewegung zugenommen. Die Eisenbahner fordern große Lohnerhöhungen und eine kürzere Arbeitszeit. Außerdem gehen sie darauf aus, Arbeiterräte zu bilden. In allen Städten schwillt das Heer der Arbeitslosen sehr beträchtlich an, so daß wenig Hoffnung besteht, daß den Italienern eine Krise erspart bleibt. Um nicht weiter auf einmal Hunderttausende in die großen Städte zu werfen, ordnete die Regierung eine Verlangsamung der Demobilisierung an.

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften werden hierdurch aufgefordert, am Dienstag, den 18. Februar 1919, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, Zimmer 9, vormittags von 8—½1 Uhr, die Bezugsscheine für Saccharin abzuholen.

Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, den 17. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Umrechnung der Versorgungszeit der Fleischselbstversorger.

Die Erhöhung der Wochenmenge an Fleisch für die versorgungsberechtigte Bevölkerung macht eine Heraufsetzung der durch § 13 Abs. 2 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 20. 9. 1918 (R. G. Bl. S. 1117) auf 400 Gramm begrenzten Wochenkopfmenge für die Selbstversorger notwendig. Durch Verordnung des Herrn Staatssekretärs des Reichsernährungsamts ist die wöchentliche Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch für die Selbstversorger auf 500 Gramm mit Wirkung vom 3. Februar d. Js. erhöht worden.

Infolge dieser Neuregelung verkürzt sich die Zeit, für welche die Fleischkarten entzogen sind, bei denjenigen Selbstversorgern, welche sich vor dem 3. Februar durch Hausschlachtungen mit Fleisch eingedeckt haben, von diesem Zeitpunkt an entsprechend der erhöhten Wochenkopfmenge. Zwecks Aenderung des Fleischkarten-Sperrvermerks werden die Selbstversorger aufgefordert, den Lebensmittelschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II, Zimmer 23, vormittags von 8—1 Uhr und zwar diejenigen
mit den Anfangsbuchstaben A—K in der Woche vom 17.—22. Febr.,
mit den Anfangsbuchstaben L—Z in der Woche vom 24. Febr. bis 1. März
vorzulegen.

Halle, den 17. Februar 1919. **Der Magistrat.**

Stadt-Theater

Dienstag, den 18. Febr. 19, Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr:
Die weisse Dame.
Kom. Oper von Boildieu.
Mittwoch: Carmen.
Donnerstag: Johannisfeuer.

Volksbildungs-Verein

Thaliasaal. Donnerstag 20. Febr., abds. 7½ Uhr: „Das neue Deutschland und die Dichtung“. Abschiedsvortr. v. Professor Dr. Ewald Geißler. Mitglieder 30 Pfg., Gäste 1 M.

Weissenfels. Weissenfels.

Alte sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Vorsitzende: Ebert — Scheidemann.

Wähler- und Wählerinnen-Versammlung

Dienstag, den 18. Februar, abends 7½ Uhr, im Hotel „Goldener Hirsch“.

Tagesordnung:

1. Gemeindepolitik und Sozialdemokratie.

Referenten:
Kreistagsabgeordneter F. Feldmann, Mitglied der Nationalversammlung.
Oberlehrer J. Weissinger, Kandidat zur Stadverordneten-Versammlung.

2. Freie Aussprache.

Eintritt 20 Pfg. 2276 Der Einberufer.

Gute Glühkörper
ersparen Gas!
Für Steh- u. Hängelicht.
1 Stück 95 ₰
12 Stück 10.80
25 Stück 21.25
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2,
eine Treppe, Ecke Sternstr.

Das Publikum wird gebeten, den nunmehr aus dem Heeresdienst heimgekehrten Zahnärzten das Vertrauen, das es ihnen früher geschenkt hat, wieder entgegen zu bringen.

Wirtschaftliche Vereinigung prakt. Zahn-Aerzte zu Halle a. S. und Umgegend, E. V.

Eine Brieftasche
mit etwa 500 M. Papiergeld, ein. Scheck über M. 1209,30 und einem Reisepaß von Dessauerstr. 16 bis Walhalla, von da mit der Elektr. bis Mann. Str. verloren gegangen. Der ehrl. Finder wird gebeten, sie gegen entspr. Belohn. abzug. bei A. Wolf, Dessauerstr. 16, od. bei der Firma Hugo Heckert, Dessauerstr. 52

Zur **Aufklärung!**
Verbandstoffe,
Verbandwatte,
Mullbinden,
Verbandmull
sowie
alle Webwaren der Verbandstoffebranche
sind wieder frei verkäuflich, ohne Rezeptzwang.
Gute Friedensware empfiehlt preiswert
C. Klappenbach,
Große Ulrichstraße 41.

gewissenhafte, fachkundige Ausführung (Das Massnehmen und Anlegen wird wieder **von mir selbst besorgt.**)
Bandagen Kertzscher, Unt. Leipziger Str. 26, Gr. Ulrichstr. 63. 2273

Stellen finden

Ordentliche **Zeitungs-Trägerinnen** werden gesucht.
Verlag der Volksstimme.
Gr. Ulrichstraße 27.

Wohnung gesucht
auch außerhalb der Stadt. Angebote unter P. 100 an die Expedition dieser Zeitung

Gemüse-, Blumen-, Feld- und landwirtschaftliche **Sämereien!**
Verlangen Sie die neuerschienene Preisliste umsonst und portofrei!
Max Krug - Halle a. d. S.
Talamtstrasse 3 (Am Hallmarkt) 2275
Samenhandlung und Gärtnereibedarfsartikel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190217-19/fragment/page=0004